



Verhandelt

zu Bad Segeberg, den 28. März 2022.

Vor mir, dem unterzeichnenden Notar im Bezirk des Schleswig-Holsteinischen
Oberlandesgerichts

O l a f B r i n k m a n n

mit dem Amtssitz in Bad Segeberg,
erschieden heute:

1. Frau Sabine Frangakos, geb. Brandt, geboren am 21.07.1947, wohnhaft Schwalbenweg
16b, 23866 Nahe,
2. Herr Johannes Frangakos, geboren am 14.12.1946, wohnhaft Schwalbenweg 16b, 23866
Nahe,
3. Frau Viola Gadow-Frangakos, geb. Frangakos, geboren am 24.04.1974, wohnhaft
Hauptstraße 10, 23845 Wakendorf I.

Die Erschienenen wiesen sich aus durch Vorlage ihrer Personalausweise, von denen der
Notar einvernehmlich Fotokopien zu seinen Akten nahm.

Der Erschienenen baten um Beurkundung eines

gGmbH-Gründungsprotokolls.

Die Erschienenen bestätigen den Erhalt der Hinweise zur Datenverarbeitung in Textform. Sie erteilen dem Notar ihre Einwilligung zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten. Sie sind mit dem Versenden von Mitteilungen durch unverschlüsselte E-Mail einverstanden.

Die Erschienenen erklären, jeweils für eigene Rechnung zu handeln.

Nachdem sie die Frage des Notars nach einer Vorbefassung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 7 des Beurkundungsgesetzes verneint hatten, erklärten sie zu notariellem Protokoll:

I. Errichtung

Hiermit errichten wir unter der Firma

Wiesenhof Initiative gGmbH

eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in 23845 Wakendorf I und stellen die Satzung nach Maßgabe der dieser Urkunde beigefügten **Anlage** fest.

II. Erste Gesellschafterversammlung

Sodann halten die Gesellschafter unter Verzicht auf alle Vorschriften betreffend die Form und Frist der Einberufung die erste Gesellschafterversammlung ab und fassen folgenden

Beschluss:

Hierdurch bestellen wir Frau Viola Gadow-Frangakos, geb. am 24.04.1974, wohnhaft in Wakendorf I, zur Geschäftsführerin der vorstehend gegründeten Gesellschaft.

III. Hinweise

Vom Notar wurde insbesondere auf Folgendes hingewiesen:

1. Die gGmbH entsteht erst mit Eintragung im Handelsregister.
2. Die vor der Eintragung im Namen der Gesellschaft Handelnden haften persönlich und als Gesamtschuldner (Handelndenhaftung).
3. Soweit es nicht zur Eintragung der Gesellschaft kommt, greift eine unbeschränkte Verlustdeckungshaftung in Höhe der nicht vom Gesellschaftsvermögen gedeckten Verluste.
4. Wenn Sacheinlagen statt Geldeinlagen vorgesehen sind, muss dies in die Satzung aufgenommen werden.
5. Gesellschafter und Geschäftsführer haften für die Richtigkeit der bei der Gründung gemachten Angaben. Falsche Angaben können strafbar sein – dies gilt auch für verdeckte Sacheinlagen.
6. Jeder Gesellschafter haftet als Gesamtschuldner für die nicht einbezahlten Stammeinlagen der anderen Gesellschafter (Ausfallhaftung).

7. Soweit ein Gesellschafter im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft lebt, unterliegen seine Geschäftsanteile im vollen Umfang den Vorschriften über den Zugewinnausgleich im Falle der Scheidung.
8. Etwa erforderliche behördliche Genehmigungen bzw. Erlaubnisse sind von den Beteiligten einzuholen, auch wenn das Registergericht deren Vorliegen nicht überprüft.
9. Rechnungen für Eintragungen in privaten Registern sollten nicht ungeprüft beglichen werden.

IV. Vollmachten

Die Erschienenen bevollmächtigen hiermit

1. Sabine Rohde,
2. Katrin Ahnfeldt,

beide Kirchstr. 23, 23795 Bad Segeberg – jede für sich – alle Erklärungen abzugeben, die zur Durchführung dieses Vertrages etwa noch erforderlich sind. Die Bevollmächtigten können Untervollmacht in gleichem Umfang erteilen. Sie können den Vertrag auch ergänzen und berichtigen und können Anträge stellen, die das Handelsregister für erforderlich halten sollte, insbesondere auch etwaige Beanstandungen des Registergerichtes oder der Industrie- und Handelskammer sowohl formell als auch materiell für alle Beteiligten zu beheben und etwaige Änderungsbeschlüsse einseitig zu fassen und zur Anmeldung zu bringen. Die Bevollmächtigten sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Die Vollmachten werden abstrakt und unbeschränkt erteilt und sollen durch den Tod eines Beteiligten nicht erlöschen.

V. Kosten

Die Kosten dieser Urkunde und ihrer Durchführung trägt die Gesellschaft.

Vorstehende Verhandlung wurde den Erschienenen vom Notar vorgelesen, von ihnen genehmigt und eigenhändig, wie folgt, unterschrieben:

gez. Sabine Frangakos

gez. Johannes Frangakos

gez. V. Gadow-Frangakos

(LS) gez. Brinkmann, Notar

Gesellschaftsvertrag
der
Wiesenhof Initiative gGmbH

Präambel

„Vorbei an Wiesen, Feldern und Wäldern begrüßen Sie auf dem Hof die Schafe, Hühner, Ponies und Katzen – ein wenig Bullerbü und Landidylle.

Die Hoftiere, die Natur und fröhliche Therapeuten können mehr: Menschen helfen und ein Stück vom Paradies teilen – auf dem Weg hin zu neuem Glück.“

Die Wiesenhof Initiative gGmbH entwickelte sich aus einem seit 2004 tätigem Einzelunternehmen und ist zu einem kreativen naturbezogenen Lern- und Lebensort auf dem Bauernhof herangewachsen. Eine Finanzierungsgrundlage der pädagogisch-therapeutischen Angebote ist das SGB VIII. Durch die protektiven Synergieeffekte, die sich aus der Verknüpfung Landwirtschaft und soziale Arbeit ergeben werden Resilienz und Kohärenzsinn gefördert und „Soziale Landwirtschaft“ entsteht. Inklusion und Teilhabe werden hier analog einer Großfamilie als Hofgemeinschaft miteinander gelebt.

§ 1

Firma und Sitz

- (1) Die Gesellschaft ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma **Wiesenhof Initiative gGmbH**.
- (2) Sitz der Gesellschaft ist 23845 Wakendorf I.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

- (1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Volks- und Berufsbildung, Förderung der Kinder- und Jugendhilfe, Förderung des Gesundheitswesens, die Förderung des Umwelt- und Naturschutzes und des Tierschutzes sowie die Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler, Kriegsopfer, Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene, Zivilbeschädigte und Behinderte sowie Hilfe für Opfer von Straftaten; Förderung des Andenkens an Verfolgte, Kriegs- und Katastrophenopfer; Förderung des Suchdienstes für Vermisste, Förderung der Hilfe für Menschen, die auf Grund ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer geschlechtlichen Orientierung diskriminiert werden.
- (3) Der Gesellschaftszweck wird insbesondere wie folgt verwirklicht:

a) Förderung der Volks- und Berufsbildung:

- bauernhof- und naturpädagogische Veranstaltungen für Einzelpersonen und Kleingruppen, Kindergärten und inklusive Gruppen, Schulklassen und Lehrer und Familien auf dem Lernort Bauernhof

- die Umsetzung von Veranstaltungen, Seminaren und Projekten im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und die Entwicklung des ländlichen Raums über die Themenfelder: Natur, gesunde Ernährung, Landwirtschaft und Biodiversität, artgerechte Tierhaltung, Inklusion und Soziales.

b) Förderung der Kinder- und Jugendhilfe:

- ambulante pädagogische und therapeutische Maßnahmen der Eingliederungshilfe und Hilfen zur Erziehung für Kinder und junge Menschen auch mit Behinderungen und Familien auf dem Lernort Bauernhof

- Bauernhof- und tiergestützte Pädagogik zur Förderung der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft mit traumapädagogischem Ansatz stundenweise, als Tages- und Ferienangebot auch für Familien

- außerschulische erlebnispädagogische Praxisprojekte auf dem Lernort Bauernhof z.B. bei Schulabsentismus und zur Berufsorientierung

- Maßnahmen zum sozialen Lernen mit sinnhaftem Lebensweltbezug in der Kleingruppe oder im familienanalogen Hofsystem für Kinder und Jugendliche mit Traumatisierungen

- Maßnahmen der Familienhilfe und Familienerholung

c) Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Hilfe für Behinderte:

- pferdegestützte Therapie und Reittherapie zur Behandlung von entwicklungsbedingten Beeinträchtigungen und Erkrankungen, körperlichen und seelischen Folgen von Behinderungen und Traumatisierungen

- Individuelle Traumafachberatung von Fachkräften und Einrichtungen (z.B. Schulen)

- Prävention- u. Gesundheitsberatung und Systemische Familientherapie

- Lösungsorientierte Beratung und Coaching von Eltern, Familien und Angehörigen

- Maßnahmen zur Prävention und Therapie von psychischen Erkrankungen, Familienerholung

- Ernährungsbildung: Wissensvermittlung zur Herstellung und Verarbeitung von gesunden Lebensmitteln im Rahmen von Veranstaltungen

d) Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege:

- Regeneration, Schutz und Bewahrung des Naturraums sowie Pflege einer historisch gewachsenen

Kulturlandschaft durch naturnahe Bewirtschaftungsformen ohne Pestizide, das Pflanzen und Pflegen

von Bäumen und Sträuchern und das Schließen natürlicher Kreisläufe (z.B. Durchführung von

Beweidung, Blühstreifen, Hecken, Streuobstwiesen)

e) Förderung des Tierschutzes

- Haltung und Zucht von vom Aussterben bedrohten Tierarten (Arche-Hof)

- artgerechte Tierhaltung

f) die Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler, Kriegsoffer, Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene, Zivilbeschädigte und Behinderte sowie Hilfe für Opfer von Straftaten; Förderung des Andenkens an Verfolgte, Kriegs- und Katastrophenopfer; Förderung des Suchdienstes für Vermisste, Förderung der Hilfe für Menschen, die auf Grund ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer geschlechtlichen Orientierung diskriminiert werden

- (trauma-)therapeutische Angebote für Opfer von Straftaten und Geflüchteten

§ 3

Gemeinnützigkeit

- (1) Die Körperschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft erhalten.
- (3) Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4

Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft

- (1) Das Geschäftsjahr endet am 31.12.
- (2) Das erste Geschäftsjahr beginnt im Innen- und Außenverhältnis mit dem Tage der Eintragung in das Handelsregister und endet am 30.06. des Eintragungsjahres (Rumpfgeschäftsjahr).
- (3) Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer errichtet.

§ 5 Stammkapital, Geschäftsanteil

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.002,00 € (in Worten: fünfundzwanzigtausendundzwei Euro).
- (2) Das Stammkapital der Gesellschaft ist eingeteilt in 25.002 Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 1 bis 25.002 im Nennbetrag von jeweils 1 Euro.
- (3) Gesellschafter zu gleichen Teilen sind
 - a) Sabine Frangakos, wohnhaft in 23866 Nahe, Schwalbenweg 16 b mit den Geschäftsanteilen lfd. Nr. 1 bis 8.334 (entspricht einem Drittel),
 - b) Johannes Frangakos, wohnhaft in 23866 Nahe, Schwalbenweg 16 b mit den Geschäftsanteilen lfd. Nr. 8.335 bis 16.668 (entspricht einem Drittel) und
 - c) Viola Gadow-Frangakos, wohnhaft in 23845 Wakendorf I, Hauptstraße 10 mit den Geschäftsanteilen lfd. Nr. 16.669 bis 25.002 (entspricht einem Drittel).

- (4) Die Geschäftsanteile sind jeweils zur Hälfte sofort einzuzahlen. Die jeweils weitere Hälfte ist auf Anfordern der Gesellschaft einzuzahlen.

§ 6

Organe der Gesellschaft

- (1) Organe der Gesellschaft sind
- a. die Gesellschafterversammlung
 - b. die Geschäftsführung.
- (2) Die Organe der Gesellschaft müssen bei ihrer Tätigkeit die Grundsätze sparsamer Wirtschaftsführung beachten.
- (3) Mitglieder der Organe der Gesellschaft dürfen für ihre Tätigkeit für die Gesellschaft nicht durch unverhältnismäßig hohe Gegenleistungen oder sonstige Zuwendungen begünstigt werden.

§ 7

Geschäftsführung und Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
- (2) Sind mehrere Geschäftsführer gewählt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Ein alleiniger Geschäftsführer ist allein vertretungsberechtigt.
- (3) Einzelnen Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss das Recht zur Alleinvertretung übertragen werden.
- (4) Die Geschäftsführer unterliegen den Beschränkungen des § 181 BGB. Zuständig für den Abschluss und die Genehmigung von Rechtsgeschäften mit den Geschäftsführern ist die Gesellschafterversammlung.
- (5) Eine Befreiung vom Verbot des Selbstkontrahierens für Geschäftsführer gem. § 181 BGB darf generell nur insoweit erfolgen, als sie zugleich als Vertreter einer anderen Einrichtung handeln. Für Geschäfte mit sich selbst dürfen Geschäftsführer nur im Einzelfall von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.
- (6) Der beziehungsweise die Geschäftsführer haben bei der Geschäftsführung die Sorgfalt eines gewissenhaften Geschäftsleiters einer gemeinnützigen Gesellschaft anzuwenden.

§ 8

Gesellschafterversammlung

- (1) Eine Gesellschafterversammlung soll mindestens einmal jährlich stattfinden. Die Gesellschafterversammlung, die über die Feststellung des Jahresabschlusses beschließt, ist innerhalb der gesetzlichen Fristen durchzuführen.
- (2) Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft statt.
- (3) Die Einberufung obliegt der Geschäftsführung. Die Einberufung erfolgt mit Frist von zwei Wochen in Abweichung zu § 51 Abs. 1 GmbHG schriftlich oder soweit die Gesellschafter zu diesem Zweck E-Mail-Adressen mitgeteilt haben, per E-Mail. Die Einladung hat den wesentlichen Inhalt der Tagesordnung mitzuteilen. Auf die Einhaltung der Formvorschriften und Fristen kann nur einstimmig

verzichtet werden. Bei der Berechnung der Einladungsfrist werden der Tag der Absendung der Einladung und der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet.

- (4) Jeder Gesellschafter kann sich durch einen anderen Gesellschafter mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen.
- (5) Die Gesellschafterversammlung wählt mit einfacher Mehrheit einen Versammlungsleiter. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Der Versammlungsleiter hat dafür Sorge zu tragen, dass über den Verlauf der Versammlung ein Protokoll angefertigt wird, das durch den Versammlungsleiter zu unterschreiben ist. Das Protokoll ist den Gesellschaftern elektronisch zuzustellen.
- (6) Außerordentliche Gesellschafterversammlungen beruft die Geschäftsführung ein, wenn das Interesse der Gesellschaft dies verlangt, oder wenn Gesellschafter, die gemeinsam mehr als 50 % der Geschäftsanteile vertreten, dies bei Unterbreitung eines Tagesordnungsvorschlags verlangen.

§ 9

Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Beschlüsse der Gesellschafter werden grundsätzlich in der Gesellschafterversammlung gefasst. Gesellschafterbeschlüsse sind in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zulässig.
- (2) Beschlüsse der Gesellschafter können auch im schriftlichen Verfahren (auch durch Telefax oder E-Mail) gefasst werden, wenn sich sämtliche Gesellschafter mit einer solchen Beschlussfassung einverstanden erklären oder sich an ihr beteiligen und keine zwingenden gesetzlichen Formvorschriften entgegenstehen.
- (3) Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit das Gesetz oder dieser Vertrag nicht eine andere Mehrheit vorsehen. Auf je 50,00 € entfällt eine Stimme.
- (4) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 75 % der Geschäftsanteile vertreten sind. Ist letzteres nicht der Fall, so ist eine zweite Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist dann ohne Rücksicht auf das vertretene Kapital beschlussfähig. Auf diese Rechtsfolge ist in der zweiten Ladung hinzuweisen.
- (5) Eine qualifizierte Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen bedürfen Beschlüsse über:
 - a. Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer und deren Entlastung,
 - b. die Feststellung des Jahresabschlusses,
 - c. die Gewinnverwendung,
 - d. Satzungsänderungen und
 - e. die Auflösung der Gesellschaft.

§ 10

Verfügung über Geschäftsanteile

- (1) Geschäftsanteile sind grundsätzlich frei veräußerlich.

- (2) Jede Verfügung über Geschäftsanteile bedarf der schriftlichen Zustimmung der übrigen Gesellschafter. Diesen steht ein Vorkaufsrecht an den Geschäftsanteilen zu, über welches sie sich binnen vier Wochen nach Angebot erklären müssen. Macht keiner der Gesellschafter von diesem Recht Gebrauch oder verzichten alle Gesellschafter auf ihr Ankaufsrecht, so ist der Geschäftsanteil weiterhin der Gesellschaft selbst oder einem von ihr zu benennenden Dritten zum Kauf anzubieten; für dieses Vorkaufsrecht gelten die vorstehenden Bestimmungen über das Ankaufsrecht der Gesellschafter entsprechend. Ist dieses Vorkaufsrecht durch Fristablauf oder Verzicht erloschen, kann der Geschäftsanteil anderweitig abgetreten werden; in diesem Fall gilt die Zustimmung der übrigen Gesellschafter als erteilt.

§ 11 Einziehung

- (1) Die Einziehung von Geschäftsanteilen oder Teilen von solchen ist mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters jederzeit zulässig.
- (2) Die Einziehung eines Geschäftsanteils oder eines Teils eines solchen ist ohne die Zustimmung des betroffenen Gesellschafters zulässig, wenn
- a. der Geschäftsanteil von einem Gläubiger des Gesellschafters gepfändet oder in sonstiger Weise in den Geschäftsanteil vollstreckt wird und die Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von 3 Monaten, spätestens bis zur Verwertung des Geschäftsanteils aufgehoben wird; oder
 - b. über das Vermögen des Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird, oder der Gesellschafter die eidesstattliche Versicherung abgegeben hat; oder
 - c. in der Person eines Gesellschafters ein wichtiger Grund vorliegt; oder
 - d. der Gesellschafter die Gesellschaft rechtswirksam gekündigt hat; oder
 - e. im Falle des Todes eines Gesellschafters dessen Geschäftsanteil auf einen Erben oder Vermächtnisnehmer übergeht, welcher kein Mitgesellschafter ist.
- (3) Soweit für die Gesellschaft zumutbar, soll in den Fällen des Abs. 2 lit. a) oder c) der auszuschließende Gesellschafter mit einer angemessenen Frist zur Behebung des Ausschlussgrundes abgemahnt werden.
- (4) Die Einziehung wird durch die Geschäftsführung erklärt. Sie bedarf im Innenverhältnis eines Gesellschafterbeschlusses, der mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst wird. Der betroffene Gesellschafter ist nicht stimmberechtigt. Ab dem Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Einziehung gewährt der betroffene Geschäftsanteil bis zur Wirksamkeit der Einziehung kein Stimmrecht. Die Einziehung hat zur Folge, dass der betroffene Gesellschafter mit unmittelbarer Wirkung aus der Gesellschaft ausscheidet, auch wenn Streit über das Vorliegen eines wichtigen Grundes bzw. einer sonstigen Voraussetzung der Einziehung besteht. Die Gesellschaft wird von den übrigen Gesellschaftern fortgesetzt.

§ 12

Kündigung

- (1) Die Gesellschaft kann von jedem Gesellschafter unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Ende eines jeden Geschäftsjahres, erstmals jedoch zum 31. Dezember 2024, durch schriftliche Erklärung mittels eingeschriebenen Briefes gegenüber allen anderen Gesellschaftern gekündigt werden. Die Kündigungsfrist wird durch rechtzeitige Aufgabe des Kündigungsschreibens zur Post gewahrt. Die Kündigung kann von dem kündigenden Gesellschafter bis zum Ablauf von vier Wochen nach Abgabe der Kündigungserklärung durch eingeschriebenen Brief zurückgenommen werden.
- (2) Jeder andere Gesellschafter kann sich innerhalb von zwei Monaten nach Zugang des Kündigungsschreibens oder innerhalb von vier Wochen nach Zugang eines Anschlusskündigungsschreibens durch schriftliche Erklärung, ebenfalls mittels eingeschriebenen Briefes, gegenüber sämtlichen übrigen Gesellschaftern der Kündigung oder der Anschlusskündigung anschließen.

§ 13

Jahresabschluss

- (1) Der Jahresabschluss ist von der Geschäftsführung innerhalb der gesetzlichen Fristen aufzustellen. Der Geschäftsbericht ist innerhalb der ersten drei Monate des Geschäftsjahres aufzustellen.

§ 14

Liquidation

- (1) Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch einen von der Gesellschafterversammlung zu bestimmenden Liquidator.
- (2) Bei Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen der Körperschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege oder der Förderung der Volks- und Berufsbildung.

§ 15

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Bundesanzeiger.

§ 16

Schlussbestimmungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages oder eine künftig in ihn aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Das Gleiche gilt, falls sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke soll dann eine

angemessene Regelung gelten, die dem am Nächsten kommt, was die Gesellschafter gewollt hätte, wenn sie die Unwirksamkeit, Undurchführbarkeit oder Lückenhaftigkeit gekannt hätten.

- (2) Der Gründungsaufwand (Kosten der notariellen Beurkundung, Eintragungen, Bekanntmachungen, Beratungen sowie die sonstigen Steuern und Gebühren der Gründung) wird bis zum Betrag von € 2500,00 von der Gesellschaft getragen.

- An die der Anlage -